IT-Planungsrat

Weniger Umwege im Behördenkontakt

[27.11.2026] Der IT-Planungsrat will Behördenkontakte erleichtern und die erneute Vorlage von Nachweisen vermeiden. Bei seiner letzten Sitzung hat er daher weitere Schritte zu Deutschland-Stack und Deutschland-Architektur, Wallet-Anbindung, Nachweisabruf und gemeinsamer Barrierefreiheitsprüfung beschlossen.

Der IT-Planungsrat hat in seiner 51. Sitzung weitere Schritte zu einer bürgerfreundlichen digitalen Verwaltung beschlossen. Im Mittelpunkt standen Deutschland-Stack und Deutschland-Architektur. Wie das Gremium mitteilt, sollen sie gemeinsame Grundlagen für eine souveräne Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen schaffen.

Die Deutschland-Architektur soll als gemeinsamer Bauplan das Zusammenspiel digitaler Anwendungen verbessern. Im Zentrum stehen fünf Basisdienste des Deutschland-Stacks: digitale Identität, sicherer Datenaustausch zwischen Behörden, automatisierter Nachweisabruf, Online-Bezahlung von Gebühren und digitale Behördenpost. Sie sollen eng aufeinander abgestimmt und möglichst souverän entwickelt werden. So sollen Doppelarbeit vermieden, die IT-Sicherheit erhöht und Abhängigkeiten von großen US-Technologieunternehmen reduziert werden. „Bund, Länder und Kommunen bleiben Gestalter ihrer Angebote, können aber auf gemeinsame technische Grundlagen zurückgreifen“, sagte Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) und Vorsitzender des IT-Planungsrats. Einen besonderen Schwerpunkt lege das Gremium auf die Modernisierung der Datenübertragung zur und innerhalb der Verwaltung.

Wallet-Anbindung gemeinsam organisieren

Für die Anbindung der EUDI-Wallet hat der IT-Planungsrat gemeinsame Koordinierungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene auf den Weg gebracht. Der Bund soll die übergreifende Steuerung übernehmen, die Länder ihre Aktivitäten ressortübergreifend koordinieren. Bis März 2027 sollen die Rollen konkretisiert und spätestens im Juni dem IT-Planungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Umsetzung soll mit der Deutschland-Architektur und dem Deutschland-Stack verzahnt werden. Die digitale Brieftasche d-you soll nach Angaben des Gremiums am 2. Januar 2027 starten. Mit der europaweit einsetzbaren EUDI-Wallet sollen Menschen ihre Identität und perspektivisch weitere Nachweise auf dem Smartphone verwalten können, etwa Bildungsabschlüsse oder berufliche Qualifikationen. Anke Pörksen, niedersächsische Digitalisierungsstaatssekretärin und Vorsitzende des IT-Planungsrats 2027, erhofft sich auch von möglichen Einsätzen bei Banken, Versicherungen und Online-Bestellungen eine breitere Nutzung digitaler Angebote.

Vorhandene Nachweise direkt abrufen

Über das Nationale Once-Only-Technical-System (NOOTS) sollen Behörden Nachweise sicher abrufen können, die an anderer staatlicher Stelle bereits vorliegen. Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen müssten sie dann nicht erneut einreichen. Seit Anfang 2026 tauschen erste Behörden laut IT-Planungsrat bereits Daten über NOOTS aus. Erprobt wird der Einsatz unter anderem bei Baugenehmigungen und

Unternehmensgründungen. Ab Ende des ersten Quartals 2027 soll der Anschluss aller Online-Dienste und Register in Deutschland möglich sein. Perspektivisch sollen Verwaltungsnachweise aus NOOTS auch für d-you verfügbar werden.

Ein Prüfergebnis für alle Länder

Für die Prüfung digitaler Verwaltungsangebote auf Barrierefreiheit ist eine gemeinsame Servicestelle beim Landeskompetenzzentrum Barrierefreie IT in Hessen vorgesehen. Alle Länder sollen deren Prüfergebnisse anerkennen und entsprechende Mehrfachprüfungen vermeiden. Das soll die Nachnutzung digitaler Angebote durch Länder und Kommunen erleichtern. Der Start ist für 2027 geplant, bis Ende 2028 soll die Stelle vollständig arbeiten. Neben der Prüfung fertiger Angebote soll sie bereits in der Planung beraten. Ergänzende Tests mit Nutzenden sollen sollen frühzeitig zeigen, wo Hindernisse liegen. „Mit der gemeinsamen Servicestelle übersetzen wir den Grundsatz ‚Einer prüft für alle' aus der Föderalen Digitalstrategie in die Praxis. Wir vermeiden mehrfache Prüfungen und erleichtern die bundesweite Nachnutzung digitaler Angebote", erklärte André Göbel, Präsident der Föderalen IT-Kooperation (FITKO).

(sib)

• Beschlüsse der 51. Sitzung des IT-Planungsrats im Detail

Stichwörter: Politik, Deutschland-Stack, EUDI-Wallet, IT-Planungsrat, Registermodernisierung